



Foto: R. Adolph

Pausenfoto mit einigen Teilnehmern an Mitgliederberatung der LINKEN. MOL

Friedenspartei gegen 100 Milliarden für Aufrüstung Mitglieder der LINKEN. MÖL berieten künftige Aktionen

Gegen die geplanten 100 Milliarden Euro zur Aufrüstung der Bundeswehr müsse die Friedenspartei DIE LINKE noch viel hörbarer auftreten. Es gelte zudem, noch stärker gegen soziale und ökologische Verwerfungen der kapitalistischen Gesellschaft anzugehen. Darüber, wie sie dazu beitragen können, berieten die Mitglieder der Linkspartei Märkisch-Oderland am 30. April in Seelow. „Vor allem sollten wir endlich die innerparteilichen Querelen beenden“, betonte Kreisvorsitzender, Niels-Olaf Lüders. Die Partei werde dringend als einzige konsequente Friedens-, Sozial-

und Klimapartei gebraucht und müsse enger zusammenstehen. Einig waren sich die Genossinnen und Genossen in der Verurteilung des russischen Krieges gegen die Ukraine. Dabei gehe es hauptsächlich um Einflussphären kapitalistischer Länder auf dem Rücken des ukrainischen Volkes.

In der lebhaften Diskussion verwiesen Teilnehmer auf vielfältige Initiativen wie das Strausberger Friedensfest und das gemeinsame Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg. Sie erinnerten an Aktionen für bessere Bezahlung zum Beispiel in der

Pflege, an Hilfsleistungen für Geflüchtete und nicht zuletzt an die aktive Arbeit in den kommunalen Vertretungen.

Die einzelnen Aktivitäten müssten noch besser vernetzt werden, um Erfahrungen auszutauschen und die Teilnahme zu erhöhen. Ein wichtiges Thema sei zudem die bessere Information der Menschen über die Anliegen der LINKEN. „Wir müssen wissen, wo bei den Menschen der Schuh drückt, bei ihnen und für sie da sein. Sie müssen aber auch erfahren, wie wir uns für sie als ihre Interessenvertreter einsetzen“, so mehrere Rednerinnen und Redner. r. a.

**Slanina vor Ort
im Gespräch**

Seite 2

**Jan van Aken warnt
vor mehr Waffen**

Seiten 5

**Sport braucht mehr
Wertschätzung**

Seite 7

**DIE LINKE hilft mit
Rechtsberatung**

Seite 8

◀ Linke vor Ort

Für Katharina Slanina ist Verständigung an der Basis wichtig Renate Adolph über Diskussionsabend in Hoppegarten



Die Genossinnen und Genossen sind beunruhigt und haben viel Gesprächsbedarf sowohl über die Probleme der LINKEN als auch über den Ukraine-Krieg. Umso aner kennenswerter, dass die gerade wiedergewählte Co-Vorsitzende des Landesverbandes Brandenburg, Katharina Slanina, am 22. April den Parteimitgliedern von Hoppegarten und Neuenhagen Rede und Antwort stand.

Doch zunächst gab es einen sehr erfreulichen Akt, bei dem der 19-jährige Azubi für das Tischlerhandwerk, Jonathan Meiners, als neues Parteimitglied herzlich in den Ortsverband Hoppegarten aufgenommen wurde. Er wolle sich für mehr soziale Politik einsetzen und auch ein deutliches Zeichen gegen rechts setzen, sagte er.

Katharina Slanina unterstrich zu Beginn der Diskussion, dass für sie Gespräche mit Mitgliedern an der Basis wie an diesem Abend besonders wichtig seien. Teilnehmer äußerten in der regen Debatte ihren Unmut über die ständig medial ausgetragenen Differenzen innerhalb der Partei. Die inhaltliche Diskussion sollte zunächst

intern bestritten werden. In klaren realen Punkten müsste eindeutig artikuliert werden, wofür DIE LINKE stehe. In der Partei sollte es zudem wieder mehr politische Bildungsarbeit geben.

Im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Susanne Hennig-Wellsow vom Parteivorsitz appellierte Slanina, dass die Zerrissenheit der Partei überwunden werden müsse. „Wir können uns kein Gegen einander leisten. Wir brauchen ein Miteinander. Dafür ist die Partei zu wichtig.“ Es sei dringend erforderlich, auf dem Bundesparteitag im Juni einen tragfähigen, konstruktiven und nicht allzu großen Bundesvorstand zu wählen. Der müsse schneller auf Problemlagen in der Gesellschaft reagieren. Die Landesvorsitzende unterstrich, dass sowohl Bewegungs als auch Parlamentsarbeit von vielen aktiven Mitgliedern geleistet werde. Sie verstehe nicht, dass einige daraus Bewegungs- und Parlamentsströmungen auseinanderdividierten und verwies auf die über 100 Zoom-Stammtische des Parteivorstandes Brandenburg und ihre unzähligen Zusammenkünfte mit GenossInnen vor Ort, auf denen in der zurückliegenden Zeit inhaltliche Fragen der aktuellen Politik und der Partei erörtert wurden. Es gäbe viele Aktionen der LINKEN für die Interessen der Menschen u. a. vor Werktoeren und Gesundheitseinrichtungen. Doch leider gelange davon zu wenig in die Öffentlichkeit.

Zudem sollte sie der Linksfraktion im Landtag große Anerkennung bei anstehenden Aufgaben der Landespolitik. Beispiele seien aktuell ihr Einsatz gegen befürchtete Arbeitslosigkeit im PCK Schwedt



1. Mai in Strausberg

bei einem Erdölstopp sowie für die Einführung eines Kitagesetzes, für eine bessere Gesundheits-, Schul- und Wohnungspolitik.

Beim Thema Sexismus in der LINKEN merkte sie an, dass bisher im Brandenburg keine sexuellen Übergriffe innerhalb der Partei bekannt seien. Der Landesvorstand sei entsetzt über Fälle innerhalb der Partei und verurteile jede Form von Sexismus und sexueller Gewalt. Auftretende Fälle sollten vollständig aufgeklärt werden. Sexismus und Gewalt dürfen in einer linken und feministischen Partei keinen Platz haben. Der Landesverband habe eine Beratungsstelle für eventuell Betroffene eingerichtet.

Die Diskussionsteilnehmer verurteilten den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Dabei kritisierten sie, dass in der Berichterstattung zu wenig die Ursache des Konfliktes um Einflussphären in der Welt beleuchtet würden. Sie sprachen sich zudem gegen weitere Waffenlieferungen aus, die eher zu Verschärfung und Verlängerung des Konfliktes führten. Verhandlungen seien das Gebot der Stunde. Die weitere Aufrüstung der Bundeswehr mit zusätzlichen 100 Milliarden Euro wurde als nicht zielführend und gefährlich missbilligt.

◀ Linke vor Ort

1. Mai in Strausberg: Mehr Geld für Soziales

Am 1. Mai informierten Mitglieder der LINKEN an ihrem Stand Bürgerinnen und Bürger beim Stadtfest in Strausberg über Angebote und Ziele der Partei.

Gregor Weiß, Vorsitzender der

Linksfraktion im Stadtparlament, forderte auf der Bühne, auf der auch Gewerkschafter sowie Vertreter anderer Parteien und Organisationen das Wort ergriffen, ein höheres Einkommen für Beschäf-

tigte in der Pflege, in der Kinderbetreuung und anderen sozialen Bereichen. Im Vergleich verurteilte er die geplanten zusätzlichen 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr.

Den Aufbruch organisieren – für ein gerechtes Land

Allen Versprechungen zum Trotz haben die Zeche der Pandemie bisher vor allem die „kleinen Leute“ gezahlt, die Pflegekräfte, ErzieherInnen, kleine und mittelständische Unternehmen, die Familien. Gewinner waren einmal mehr die Großaktionäre, deren Dividenden mit Milliardenhilfen aus staatlicher Hand gesichert wurden.

Und nun auch noch ein neuer Krieg mitten in Europa: 13 Millionen Menschen auf der Flucht, unzählige zerstörte Leben. Die Folgen spüren auch wir jeden Tag. Explodierende Sprit- und Energiepreise, die Inflation ist so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr, getrieben vor allem von Dingen des täglichen Bedarfs. Gerade in Brandenburg mit dem größten Niedriglohnsektor – allein

über 300 000 Menschen arbeiten zu Löhnen unter 12 Euro – treffen die Preissteigerungen viele Menschen.

Die Antwort von Landes- und Bundesregierung? Bisher nur ein Weiter-so! Almosen im Sozialbereich, aber 100 Milliarden für die Aufrüstung der Bundeswehr. 100 Milliarden, die nicht mehr Frieden schaffen werden, aber dem sozialen Frieden fehlen. Die fehlen für Schulen, Kitas, Krankenhäuser, bezahlbares Wohnen, Bildung und ÖPNV.

Dafür braucht es DIE LINKE. Wir haben eine konsequent andere Perspektive. Warum sollen sich Menschen für einen Staat interessieren, wenn er sich nicht mehr für die Menschen interessiert? Unsere Antwort ist klar: Nur eine starke

Demokratie und eine soziale Gesellschaft kann Menschen in diesen Zeiten Sicherheit geben. Es darf nicht normal sein, dass Menschen entscheiden müssen, ob sie den Wochenendeinkauf oder die Stromrechnung bezahlen.

Wir streiten für eine gerechtere Welt, eine starke Demokratie, einen Staat, der seine Verantwortung wahrnimmt und gleiche Lebenschancen und Teilhabe für alle Menschen sichert. Und wir wollen nicht nur für die Menschen streiten – sondern vor allem mit ihnen gemeinsam! Dafür muss jetzt endlich Schluss sein mit der Selbstbeschäftigung. Kümmern wir uns um die tägliche Ungerechtigkeit, mit Mut und aus Überzeugung!

*Katharina Slanina und Sebastian Walter
Vorsitzende der LINKEN. Brandenburg*

◀ Aus unserer Postmappe

Die Angst um meine Partei

Aus Sorge um unsere Partei habe ich mich entschlossen, einige Worte dazu zu sagen. Mir gefällt der jetzige Zustand des Handelns und vor allem des Umgangs der Genossen untereinander überhaupt nicht. Ich maße mir an, das einschätzen zu können, da ich diese Entwicklung in vielen Jahren und besonders in letzter Zeit selbst hautnah erlebt habe und erlebe. Wo ist der Kampfgeist, wo sind die Ziele der Partei? Warum hat sich der Umgangston der Genossinnen und Genossen

miteinander so sehr verschlechtert? Es geht doch nicht nur darum, wer die besten Argumente hat, sondern um Prioritäten und Gemeinsamkeit, aber auch um Ehrlichkeit. Ich finde es gut, dass sich jetzt auch junge Genossen, z. B. im Strausberger Stadtvorstand, einbringen. Man muss aber auch darauf achten, dass Erfahrungen älterer Genossen nicht außen vor bleiben und genutzt werden.

Ich persönlich bin seit dem 17. Lebensjahr also 73 Jahre Mitglied

der Partei und habe manchen Sturm erlebt. DIE LINKE war immer auch meine Heimat. Aber im Moment habe ich so meine Probleme mit meiner Partei und hoffe sehr, dass in dieser bedrohlichen und schwierigen Zeit wieder mehr wahrgenommen wird, welche Ziele wir haben, diese nach außen sichtbar zu machen und als Genossinnen und Genossen zusammenzuhalten.

*Inge Diehm
Strausberg*

◀ Zeitzeugen

230 rechte Vorfälle in Märkisch-Oderland 202

Chronik der Beratungsstelle für Opfer



Die ehrenamtliche Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Märkisch-Oderland des Alternativen Jugendprojektes 1260 e. V. stellte am 26. April ihre Chronik rechter Vorfälle im Landkreis für das vergangene Jahr vor. Insgesamt 230 rechte Vorfälle hat die Beratungsstelle 2021 aufgenommen.

Mit 92 Vorfällen machen rechte Veranstaltungen den Großteil aus. Dies ist auf die wöchentlich stattfindenden Veranstaltungen der AfD in Wriezen und den Bundtagswahlkampf zurückzuführen. Darunter finden sich aber auch Wanderungen einer völkischen Jugendgruppe oder durch den III. Weg und die Jungen Nationalisten, die Jugendorganisation der NPD. Der zweite große Anteil (89 Vorfälle) sind rechte Propaganda-Vorfälle, die sich über den gesamten Landkreis erstrecken. Darunter fallen rechte Sticker, Plakate und Flyer. Gerade rechte Propaganda im öffentlichen Raum symbolisiert Menschen, die potenziell von rechter Gewalt betroffen sind,

dass Sie an diesen Orten nicht willkommen sind. Von den insgesamt 18 Fällen von rechter Sachbeschädigung sind 11 Fälle gemalte, gesprühte oder gezeichnete Hakenkreuze im öffentlichen Raum. Dies ist das wohl bekannteste und wirkmächtigste Symbol rechter Ideologie. Mit Bezug auf den Nationalsozialismus ist das Hakenkreuz klar als Todesdrohung gegen Menschen mit Rassismuserfahrung, JüdInnen, queere Personen, sozial marginalisierte Gruppen und politische GegnerInnen zu werten.

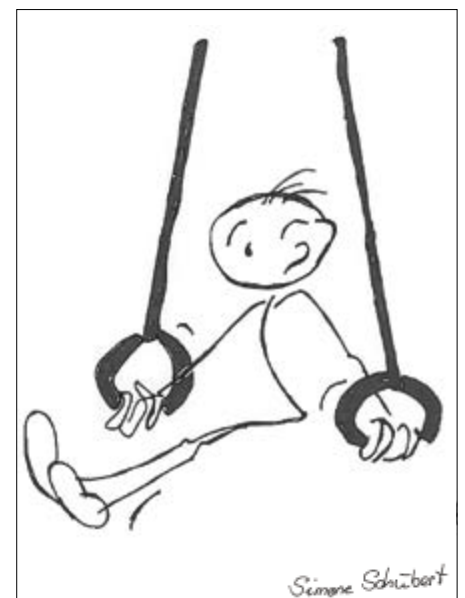
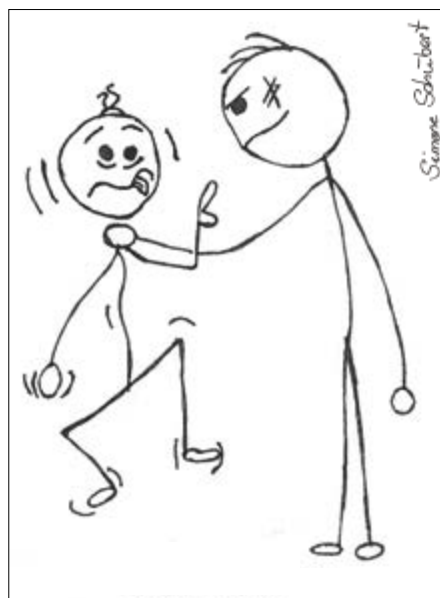
Ein trauriger Höhepunkt sind die neun rechten Angriffe, vier davon Angriffe derselben rechten Person auf PolizistInnen im Küstriner Vorland. Zwei der vier rassistisch motivierten Vorfälle illustrieren die Alltäglichkeit rechter Gewalt. So wird am 6. Mai 2021 ein Standbetreiber auf dem Wochenmarkt in Bad Freienwalde rassistisch beleidigt und kör-

perlich bedrängt. Am 1. Oktober wird eine Person in Müncheberg auf dem Supermarktparkplatz erst rassistisch beleidigt und dann mit einer Axt angegriffen. Am Tag darauf kommt es zu einer erneuten Begegnung mit dem Täter und wiederholter Bedrohung durch diesen.

Die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt bietet eine Erstberatung für (potenziell) Betroffene an, erstellt Informationen über extrem rechte Erscheinungsformen und dokumentiert rechte Vorfälle in der Region. Die Chronik dient dazu, einen Überblick über rechte „Hot Spots“ im Landkreis zu erhalten und gemeinsam mit zivilgesellschaftlich Aktiven handlungsfähig zu werden. Die Chronik 2021 kann in gedruckter Form bestellt werden und steht auch zum Download zur Verfügung:

<https://horte-srb.de/230-rechte-vorfaelle-in-maerkisch-oderland-2021/>

Lieber Sport statt Gewalt



◀ Zeitzeugen

Es gibt keinen Grund aufzurüsten

Friedensaktivist Jan van Aken erläuterte Ukraine-Krieg



v. l. Jan van Aken, Dr. Julia Bär, Dieter Schäfer, Meinhard Tietze Foto: R. Adolph

Der russische Krieg in der Ukraine bewegt die Menschen und stellt sie vor viele Fragen. Jan van Aken, anerkannter Abrüstungsexperte der LINKEN, erläuterte bei einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Vereins „alternativen denken“ am 5. April in Strausberg seine Überlegungen zu dem Konflikt.

Dem höchst interessierten Publikum gestand er, dass angesichts nicht überprüfbarer Informationen der verschiedenen Seiten kaum eine richtige Einschätzung möglich sei. Mit Sicherheit seien

viele Geheimdienste involviert. Die Ziele Russlands sind unklar. Sicherheitsinteressen stünden wahrscheinlich im Mittelpunkt der zu verurteilenden Aggression.

Zur Beendigung des Krieges sind Verhandlungen nötig, so van Aken. Waffenlieferungen der BRD an die Ukraine bedeuteten allerdings einen falschen Reflex. Sie blockierten nur Verhandlungsbereitschaft.

Der einstige Bundestagsabgeordnete geht davon aus, dass sich der Krieg voraussichtlich noch Jahre hinziehen werde, bis die Parteien kriegsmüde sind. China könnte ein Vermittler sein, da das Land nicht auf Konfrontationen, sondern auf gute Geschäftsbeziehungen aus sei. Dabei unterstrich der ehemalige Biowaffeninspekteur für die Vereinten Nationen, dass es Frieden in Europa nur mit und nicht gegen Russland geben könne. Die Sicherheitsinteressen aller Seiten müssten gewahrt bleiben. Eine Möglichkeit für ein Sicherheitssystem wäre ein zweites KSZE-Format.

Auch wenn es immer die Ärmsten treffe, für eine schnelle Beendigung des Krieges seien nach seiner Meinung Sanktionen unumgänglich. Sie sollten sich aber vor allem gegen die Oligarchen um Putin richten.

Bisheriger Nutznießer der Auseinandersetzung seien allein die USA: dreckiges, teures Frackinggas, Milliardenaufträge für die Rüstungsindustrie, engerer NATO-Schirm vor der Haustür Russlands und vor allem ein Keil zwischen EU und Russland, schätzte van Aken ein. Eurasische Kooperationen und Bindungen seien den USA in ihrem Hegemoniestreben seit Langem ein Dorn im Auge.

Die Bundesregierung habe leider die Gelegenheit genutzt, eine längst anvisierte Aufrüstung durchzupeitschen. Die geplanten 100 Milliarden für Kriegsgüter hätten nichts mit dem aktuellen Ukraine-Konflikt zu tun. Sie müssten verhindert werden. Die Bundeswehr sollte ausschließlich für die Landesverteidigung eingesetzt werden, so van Aken.

Renate Adolph

Kundgebung in Strausberg gegen 100 Rüstungsmilliarden

„Stellt euch mal vor, Fridays for Future wäre so stark und einflussreich wie die deutsche Waffenlobby und könnte erreichen, dass die Bundesregierung mal eben 100 Milliarden Euro für den Klimaschutz locker machen würde. Oder die PflegerInnen wären so gut organisiert, dass sie der Regierung 100 Milliarden Euro aus den Rippen leiern könnten, um alle Krankenhäuser zurückzukaufen und nebenbei noch ihren Lohn zu erhöhen. Eine hochge-

rüstete deutsche Bundeswehr hilft niemandem, der ernsthaft von diesem Krieg betroffen ist. Sie hilft nur der Bundeswehr selbst und den deutschen Rüstungskonzernen“, appellierte Gianna Faust von der LINKEN auf einer Friedenskundgebung in Strausberg am 7. April. Zu der Demonstration für die sofortige Beendigung des russischen Krieges in der Ukraine, für eine diplomatische Lösung und gegen das geplante Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die

Aufrüstung hatte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Märkisch-Oderland aufgerufen. Dabei erinnerte ihr Vorsitzender, Wolfram Wetzig, an den Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald vor 77 Jahren: „Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Ein Wett-rüsten ungeahnten Ausmaßes müsse verhindert werden.

r. a.

◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

„Alle wollen alt werden, aber niemand will alt sein.“ (Gustav Knuth) Carolin Schönwald (LINKE) über AG: Würdevoll Altern und Sterben

Seit September 2021 gibt es die Arbeitsgemeinschaft „Würdevoll Altern und Sterben in der Märkischen Schweiz“, die vom mir geleiteten Buckower Sozialausschuss initiiert wurde. Die AG ist mit vielfältigen Fachkräften aktiv. Im April 2022 gründete sich daraus nun gleichnamiger Verein „WAS e. V.“. Zu den derzeit über zehn Gründungsmitgliedern gehören u.a. Krankenschwestern, ein Gerontologe, ein Mediziner, eine Trauerwegbegleiterin, eine ehrenamtliche Sterbebegleiterin, Mitarbeiter*innen einer Krankenpflegestation, eine Apothekerin. Geballte Expertise für das große gemeinsame Vorhaben, nämlich: Würdevolle Ster-

bebegleitung in der Region und damit verbundene Enttabuisierung des Todes, die Schaffung generationsübergreifender Alltagshilfen/Netzwerke und den Ausbau von Hospiz- und Palliativangeboten. Der Verein kooperiert mit regionalen Akteuren und lädt Interessierte zu monatlichen Arbeitstreffen ein: jeden 1. Freitag im Monat, 19 Uhr, Buckower Pflegestation von Melitta Schubert in der Hauptstraße, Anfragen per Mail: kontakt@wasverein.de.

Im Landkreis Märkisch-Oderland wird sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung durch den demografischen Wandel bis 2030 von aktuell 45 Jahren auf ca. 55

Jahre erhöhen. Damit wird die Bedeutung von altersgerechten Angeboten und Infrastrukturen stark steigen, ebenso der Bedarf an ambulanter und stationärer Betreuung sowie an Angeboten und Einrichtungen im Sinne der Hospiz- und Palliativbewegung. Während MOL (noch) über ausreichend stationäre Pflegeplätze verfügt, besteht v. a. Bedarf an allen Vorstufen zum Pflegeheim und einer besseren Gemeinwesen-Unterstützung und -Einbindung für ältere und gesundheitlich eingeschränkte MitbürgerInnen, damit diese so lange selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben.



Wanderung mit Freunden

Mitglieder der LINKEN und der Willkommensgruppe Bad Freienwalde wandern gemeinsam am **18. Juni von Schiffmühle nach Gabow** und laden dazu herzlich ein.
 Treffpunkt: 13.30 Uhr am Oderlandhaus, An der Oder 6 und um 15 Uhr Kaffeetrinken am Feldbackofen Gabow.

Stillstand verhindern – Kita-Rechtsreform retten!

Landtagsabgeordnete Kathrin Dannenberg hält Aussetzung für fatal

Freie Kita-Träger und Elternvertreter in Brandenburg setzen sich seit langem – unterstützt von der LINKEN – dafür ein, die Beitragsungerechtigkeit zu Lasten der Eltern zu beseitigen. Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) hat nach einem Einspruch des Landkreistages die Kita-Rechtsreform ausgesetzt. Dazu erklärte die Bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag Brandenburg Kathrin Dannenberg: „Die Absage des

Landkreistages ist eine Absage an die Kinder, die Eltern, die Kommunen, die Kitaträger – und an alle, die sich über Monate mit Kraft und Engagement in den Beteiligungsprozess eingebracht haben, trotz Corona und Überlastung. Jetzt Stillstand zu fordern, ist keine Lösung, sondern verantwortungslos. Die Reform ist unabdingbar! Wir kennen den Unmut der Eltern über zu hohe Kitabeiträge, die permanenten und Kräfte zeh-

renden Konflikte zwischen Trägern, Eltern und Kommunen um die Finanzierung der Leistungen. Ohne Kita-Rechtsreform wird es weiterhin Gerichtsverfahren und Unmut geben, kein Problem wird gelöst. Wir müssen wenigstens versuchen, diese so wichtige Reform noch in dieser Legislatur umzusetzen. Die Koalition muss ihrer Verantwortung nachkommen und ihre Versprechen halten!“

◀ **Vorgestellt**

Breitensport benötigt mehr Wertschätzung

Manja Lindner über Sport als Gesundheits- und Kontaktmotor

Der Kreissportbund Märkisch-Oderland e. V. ist die größte Bürgerorganisation in Märkisch-Oderland. Über die Anforderungen des Verbandes sprach Impulse mit Geschäftsführerin, Manja Lindner.

Manja, vor welchen Problemen stand und steht der Kreissportbund während der Corona-Pandemie und bei der Betreuung von Geflüchteten?

Die Einschränkungen des Vereinssports waren für die Sportlerinnen und Sportler im Landkreis eine Katastrophe, von der sich die Vereine nun langsam erholen. Viele Sportvereine haben Mitglieder verloren und gerade bei Kindern und Jugendlichen keine neuen Sportler*innen gewinnen können. Aber auch ehrenamtliche Übungsleiter*innen und Funktionär*innen haben sich während des Sportverbotes entfernt und andere Hobbys entdeckt bzw. gemerkt, was ein freies Wochenende ohne Wettkämpfe bedeutet. Dabei wissen wir, wie wichtig das Ehrenamt besonders für den Breitensport ist. Überdies mussten wir hauptamtliche Mitarbeiter zeitweise in Kurzarbeit schicken.

Sport ist ein wichtiges Element der Integrationsarbeit, da hier auch viele Kontakte zustande kommen. Während der Einschränkungen konnten wir aber kaum Angebote unterbreiten. Seit November 2021 betreuen wir wieder zwei Migranten innerhalb eines Freiwilligen Dienstes im Sport und freuen uns sehr, wenn dadurch die Integrationsarbeit in den Einrichtungen auch wiederbelebt wird.

Was macht den kreislichen Verein aus?

Der Kreissportbund MOL e. V. hat zurzeit 200 Mitgliedsvereine mit rund 23000 Mitgliedern. Dabei bil-

det Fußball die beliebteste Sportart. Es folgen Handball und die Sportschützen. Beliebt sind auch allgemeine Sportangebote in den Vereinen wie Gymnastikgruppen. In erster Linie sind wir als Dachverband tätig und vertreten die Interessen unserer Mitgliedsvereine gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Hier geht es hauptsächlich um Förderungen des Sports wie Sportstättenbau sowie die Kinder- und Jugendarbeit. Im Kinderschutz sind wir beratend tätig und unterstützen hier einzelne Projekte. Schwerpunkte sind auch die Ausbildung von Übungsleitern sowie die Erwachsenenbildung u. a. zu Themen wie Steuern, Buchführung und Gesundheitsthemen. Als Partner der Fachhochschule Potsdam für Sportmanagement bilden wir außerdem Sport- und Fitnesskaufleute sowie Studenten aus.

Und über den Vereinssport hinaus?

Im Breitensport versuchen wir, Menschen über Sportvereine hinaus zu erreichen beispielsweise mit Angeboten für den Seniorensport und die Sturzprävention sowie für die Bewegungsförderung von Kindern.

Auch der Vereinssport für Menschen mit Behinderung liegt uns am Herzen, so dass wir mit mehreren Behinderteneinrichtungen kooperieren.

Ganz stolz sind wir auf die Fußballmannschaft, die wir in Altranft haben, denn diese war auf Landesebene mehrfach erfolgreich. Der Iraner Mahmood Alizadeh bereichert als Übungsleiter und Spieler die Gruppe immens. Geplant ist, dass er in der Gemeinschaftsunterkunft Bad Freienwalde eine Fußballmannschaft ins Leben ruft.

Was wünschst Du Dir für die weitere Verbandsarbeit?

Dass der Sport in seiner Wertigkeit geschätzt wird und die notwendige Unterstützung von Politik und Gesellschaft erhält. Auch wenn Sport eine sogenannte „freiwillige Aufgabe“ ist, erfüllt er Ansprüche wie kaum eine zweite Struktur. Sport ist eine „sinnvolle Freizeitbeschäftigung“ und trägt zur Gesunderhaltung bei. Bewegung und soziale Kontakte werden gefördert, Bildung vorangetrieben, Schulen unterstützt und vor allem er macht Spaß.

Viele Sportvereine haben dennoch Schwierigkeiten, Trainingsstätten zu nutzen. Schulen blocken Sporthallenzeiten bis in den späten Nachmittag und nutzen diese dann selbst häufig gar nicht. Oft hängt es an Einzelpersonen. Sind die BürgermeisterInnen bzw. Schulleitungen selbst sportinteressiert, dann haben es die Sportvereine leichter.



Mahmood Alizadeh, ein Fußballtalent iranischer Herkunft mit einer Behinderung an der rechten Hand, absolviert Bundesfreiwilligendienst mit Migration und nutzt den KSB als Einsatzstelle.

Bürgerbüros**Bettina Fortunato (Mdl)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45

Telefax: (0 33 46) 85 21 47

buero-fortunato@t-online.de

www.bettina-fortunato.de

Montag bis Donnerstag

9.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstellen**Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de

info@dielinke-mol.de

Strausberg

Große Straße 45

15344 Strausberg

Telefon:(0 33 41) 31 17 96

Telefax: (0 33 41) 31 47 75

strausberg@dielinke-mol.de

www.dielinke-strausberg.de

Montag bis Donnerstag

10.00 -12.30 Uhr

Bad Freienwalde

Grünstraße 8

16259 Bad Freienwalde

Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

frw@dielinke-mol.de

www.dielinke-frw.de

jeden 1. Dienstag im Monat

9.30 -11.30 Uhr

und jeden Donnerstag

16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47

seelow@dielinke-mol.de

www.dielinke-seelow.de

Montag bis Mittwoch

9.00 -12.00 Uhr

Nächste Ausgabe**Redaktionsschluss: 1. Juni 2022****Erscheinen: 16. Juni 2022** **Treffpunkt Große Straße 45****Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle
der LINKEN in Strausberg.****Gemeinsames Frühstück**
jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr**Rotes Café**
26. Mai., 9. Juni
15 bis 17 Uhr**Kostenlose Rechtsberatung –
DIE LINKE hilft**jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr,
vor Ort oder <https://videokonferenz.dielinke.de/b/mat-olu-Osb-etw>**Urlaub**

Die Geschäftsstelle bleibt vom 13. – 19. Juni geschlossen

Kostenlose Rechtsberatung der LINKEN**Seit fast einem Jahr bieten die Rechtsanwälte Niels-Olaf Lüders und Karsten Knobbe monatlich eine unentgeltliche Rechtsberatung per Video und in der Geschäftsstelle der LINKEN in Strausberg an. Über diese Aktion „DIE LINKE hilft“ sprach Impulse mit Niels-Olaf Lüders.****Niels, wie wurde das Beratungsangebot bisher angenommen?**

Dass linke Anwälte auf diese Weise insbesondere den Menschen zu helfen versuchen, die sich ansonsten einen Rechtsbeistand nicht leisten können, hat ja schon eine sehr lange Tradition, an die ich sehr gern anknüpfe. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch sehr bei dem Genossen und sehr versierten Anwaltskollegen Karsten Knobbe für sein Engagement. Die Resonanz nimmt stetig zu. Inzwischen beraten wir an einem Abend gemeinsam bis zu sieben Rechtsuchende. Wichtig ist es, dass unser Angebot medial präsent bleibt und auch von den Genossinnen und Genossen an der Basis verbreitet wird.

Mit welchen Problemen wenden sich Ratsuchende vor allem an Euch?

Die Palette der an uns herangetragenen Probleme und Rechtsfragen ist genau so bunt wie das Leben selbst, wobei es uns die anwaltliche Schwei-

gepflicht natürlich verbietet, hier einzelne Fälle darzustellen. Es geht u. a. um mietrechtliche, arbeitsrechtliche und erbrechtliche Fragen sowie um allgemein-zivilrechtliche Probleme wie Schadensersatzforderungen. Verwaltungsrechtliche Auseinandersetzungen mit Behörden spielen ebenso eine Rolle wie das Straf- und Ordnungswidrigkeitsrecht. Und auch in Fragen des Asyl- und Aufenthaltsrechts haben wir schon beraten.

Wie wichtig ist Dir dieser unmittelbare Kontakt mit den Menschen?

Persönliche Kontakte sind für unsere Partei mit das Wichtigste. Solche Hilfsangebote eignen sich hervorragend, um mit den Menschen zu sprechen. Man erfährt, was sie bewegt und kann Ideen und Lösungsansätze unserer Partei darstellen. Es freut mich übrigens sehr, dass unser erster Impuls für derartige linke Beratungsangebote von dem stark verjüngten Strausberger Stadtvorstand aufgenommen wurde und dort nun auch ein technisches Beratungsangebot insbesondere für IT-Probleme konzipiert wird.

Beratung jeden 1. Dienstag im Monat, 8.30 Uhr, Große Straße 45, Strausberg oder <https://videokonferenz.dielinke.de/b/mat-olu-Osb-etw>

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat